

Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 249

Sonntag, den 24. Oktober 1926

21. Jahrgang

Dr. Külz über Thoiry.

Die Kriegsschuldfrage.

Berlin, 22. Okt. Die demokratische Reichstagsfraktion trat heute im Reichstage zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der demokratischen Fraktionen der Länder zusammen. Der Reichsminister Dr. Külz und Dr. Reinhold nahmen an den Verhandlungen teil. Ferner bemerkte man folgende Staatsminister: Dr. Schreiber-Preußen, Hendrich-Hessen, Müller-Mecklenburg-Schwerin, Hultsch, Mecklenburg-Strelitz, Weber-Anhalt, Gelse-Alppe-Deilmold und Bürgermeister Dr. Peterfen-Hamburg. Die Versammlung beschäftigte sich mit den Fragen der auswärtigen Politik. Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff, der Mitglied der deutschen Delegation in Genf war, berichtete über die Genfer Vorgänge. Er betonte, man habe in Genf den Eindruck gewonnen,

daß Briand mit seiner Politik stehe und falle.

Auch Poincaré sei ein anderer geworden. Früher führte er seine Kriegspolitik weiter und wollte zeigen, daß er immer recht gehabt habe und daß die Deutschen eine unverbesserte Gesellschaft seien. Heute sei er Ministerpräsident geworden mit der einzigen Absicht, den Franken zu stabilisieren und die französischen Wirtschaftsverhältnisse in Ordnung zu bringen. Eine Ordnung der französischen Währung sei aber ausgeschlossen, wenn nicht Frieden und Vertrauen in Europa hergestellt sei.

Reichsminister Dr. Külz skizzierte in besonders bemerkenswerter Weise die Linienführung, die sich aus Genf und Thoiry für die Reichsregierung ergibt. Als moralischer Erfolg sei hervorzuheben, daß

die Lüge von der Allschuld Deutschlands am Kriege durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

als politisches Problem endgültig erledigt ist. Die Frage der Kriegsschuld sei nur noch ein historisch-kritisches Problem. Mit aller Energie müsse man sich gegen die Behauptung der Rechten wenden, daß es ein Fehler unserer Politik gewesen sei, ohne ausdrücklich formelle Zurücknahme der Kriegsschuldfrage in den Völkerbund gegangen zu sein. Wirksamer als durch eine neue historische Tatsache könne diese Lüge nicht widerlegt werden. Genf und Thoiry brächten für die Regierung einen riesigen Komplex wirtschaftlicher und außenpolitischer Fragen. Von allen Illusionen müsse man sich freihalten. Wir dürften nicht annehmen, daß blickartig nunmehr die Auswirkungen des Gesundungsprozesses sich einstellen werden.

Genau wie von Versailles bis Genf werde auch der Weg von Thoiry bis zum Endpunkt dornenvoll sein. Zum mindesten werde es Monate dauern, bis ein endgültiger Erfolg da sein werde.

Der Minister behandelte dann die Frage der Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes. Die damit verbundene Finanzgebarung hänge eng zusammen mit dem Problem der internationalen Schuldregelung. Die Ratifizierung des Schuldenabkommens durch Frankreich sei für Amerika eine Prestigefrage geworden. Zum Schluß wandte sich der Minister gegen jede Soldatenpielerei der Wehrverbände, die uns außenpolitisch gerade in der jetzigen Zeit außerordentlich schaden könne.

Am der Aussprache beteiligten sich weiter die Abgeordneten Erkelenz, Dietrich-Baden und Dr. Dernburg, sowie Reichsfinanzminister Dr. Reinhold.

Wiederauföhnung erzielen könne. Eine Wiederauföhnung sei aber augenblicklich unmöglich. Die Sprache der deutschen Blätter sei mit dem Vertrauen unvereinbar, das eine Wiederauföhnung notwendigerweise zur Voraussetzung habe. Das Blatt schließt mit den Worten: Die Annäherung an Deutschland kann nur schrittweise mit Vorsicht und Zurückhaltung erfolgen. Wenn man nicht vermittelnde Stappen einlegt, wird man Zusammenstoße und schließlich den Bruch herbeiführen.

Keine neue Note der Botschafterkonferenz.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat sich ergeben, daß die Darstellung der Agentur Habas über die Beschlüsse der Mittwochssitzung der Botschafterkonferenz zu den aufgeworfenen Fragen der militärischen Abrüstung Deutschlands falsch wiedergegeben sei. In Berlin werde keine neue Note der Botschafterkonferenz erwartet. Es sei vielmehr anzunehmen, daß der deutsche Botschafter in Paris von Hoersch über das Ergebnis der Beratungen der Botschafterkonferenz informiert wird.

Kontrollbesuche in der Festung Königsberg.

Berlin, 22. Okt. Wie eine Korrespondenz aus Königsberg meldet, hat kürzlich ein Kontrollbesuch von Offizieren der Militärkontrollkommission dort stattgefunden, an deren Spitze ein italienischer Oberst gestanden hat.

Frankreich saniert sich selbst!

Paris, 22. Okt. Aus der Tatsache, daß die Debatte über das Schuldenabkommen mit Washington bis zum nächsten Jahr vertagt werden soll, glaubt die „Gazette“ den Schluß ziehen zu können, daß die Stabilisierung des Franken von innen heraus aus eigener Kraft und ohne Auslandshilfe erfolgen soll, zumal Poincaré unter dem Einfluß Marins den Gedanken der Mobilisierung der deutschen Darlehensobligationen aufgegeben habe.

Wahrscheinlich werde der interministerielle Gedankenaustausch über das Schuldenproblem schon heute im Ministerrat beginnen, wenn auch in einem amtlichen Bericht davon nicht die Rede sein werde.

Ein Besuch Montague Normans in Berlin.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London, daß der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, in kurzen nach Berlin reisen werde. In London sei man der Ansicht, daß bei den Berliner Besprechungen Normans die großen deutschen Goldaufkäufe im Rahmen eines möglichen Rückkaufs seien.

Das internationale Wirtschaftsmanifest.

Von Herrn Prof. Dr. Raffner, W. u. L.

Das internationale Wirtschaftsmanifest, das die Wirtschaftsführer von 18 Staaten unterzeichneten, kann keiner psychologischen Bedeutung nach nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist eine vernichtende Anklage gegen das politische System unserer früheren Gegner. Es stellt fest, daß es eigentlich keine Sieger und Besiegten gäbe, und daß die schwere Weltwirtschaftskrise, zwangsläufig durch eine unfinanzierte Wirtschaftspolitik herbeigeführt, mit Vernunft und gutem Willen zu großartiger Gestaltung sich überwinden läßt. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist untrennbar mit dem der europäischen verwebt und verwachsen. Wenn auch der Ruf zur Vernunft (man darf sich hier keinem Optimismus hingeben) nur langsam Wurzel fassen und Früchte tragen wird, so ist er doch außenpolitisch und innenpolitisch der einzige Weg zur Rettung. Auch für das Inland gilt, was die Demokratische Partei von jeher als Grundfalsch verfolgt hat, daß über dem oft künstlich geschürten Gegensatz der verschiedenen Stände und politischen Kreise wirtschaftliche Einsicht und Vernunft zum Vorkommen auf die politische Entwicklung maßgeblichen Einfluß haben müsse. Wenn wir nach außen hin mit Recht die Befestigung aller Wirtschaftsverhältnisse des freien Wirtschaftsverkehrs als letztes Ziel sehen, so steht im Innern die Notwendigkeit, über allen Streit und Haß des Tages, über alle auch törichte Opposition hinaus sich die Hände zu reichen zu gemeinsamer Arbeit auf der Basis der Mitte. Mit Stolz darf die demokratische Partei bekennen, daß, wo immer schon vorher Gedanken ausgesprochen sind, wie sie das Wirtschaftsmanifest enthält, dies Männer aus ihren Reihen waren, die oft geschmäht und verachtet, klar und zielbewußt ihren Weg gingen. Nun sind diese Gedanken modern geworden. Sie waren auch der tiefste Sinn der schicksalhaften Koalitions-Politik, und nur, wenn man auf dieser geraden, von der Deutschen Demokratischen Partei vertretenen Linie bleibt, wird es in Sachsen, im Reich, in der Welt wiederum vorangehen.

Die ersten fünf Millionen für die Hohenzollern.

Die Auszahlung der ersten fünf Millionen aus dem Hohenzollernvergleich wird in den letzten Oktobertagen erfolgen, jedoch nicht früher, als das Gesetz in der preussischen Gesetzesversammlung erschienen ist. Das ist erst gegen Monatsende zu erwarten. Die Zahlung wird zu Händen des Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses, Herrn von Berg, über die Seehandlung vorgenommen werden.

Nach dem vom Landtag genehmigten Vergleich zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Hause Hohenzollern bleibt die Burg Hohenzollern als Eigentum der Hauptlinie der Familie der Hohenzollern. Schloß, Burghof, die beiden Kapellen gehören dem Hohenzollernhause, dagegen gehören das Wehrhaus mit Bastionen sowie die Zufahrtswege der Reichsvermögensverwaltung. Die Burg selbst, der Grund und Boden, ist Eigentum des Fürsten von Hohenzollern.

bleibt er — oder bleibt er nicht.

Berlin, 22. Oktober. Der New York Herald läßt sich aus Paris berichten, daß der Botschafterrat in den nächsten Tagen eine Erklärung veröffentlichen werde, nach der es dem früheren Kaiser gestattet würde, in Begleitung einer besonderen Wache innerhalb Europas zu reisen und dabei auch Deutschland zu durchfahren, um in Griechenland Aufenthalt zu nehmen. Dem Berliner Botschafter wird dazu von einer, der kaiserlichen Familie nahestehenden Stelle mitgeteilt, daß über die angegriffene Gesundheit und über Reisepläne des früheren Kaisers nichts bekannt sei. Wahr sei nur, daß die Gemahlin des früheren Kaisers sich dem dauernden Aufenthalt im holländischen Klima nicht gewachsen fühle.

Die deutsche Stellungnahme zu einer eventuellen Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers.

London, 23. Oktober. Im Zusammenhang mit den kürzlichen Meldungen über eine mögliche Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland wurde der Reuters-Bericht, daß der frühere Kaiser bisher noch kein Besuch an die deutsche Regierung gerichtet hat, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen. Ein solcher Besuch würde von der deutschen Regierung abgelehnt beantwortet werden. Die deutsche Regierung sei fest entschlossen, dem früheren Kaiser keinesfalls die Erlaubnis zur Rückkehr zu geben, weil seine Rückkehr Unruhe unter einem großen Teil der Bevölkerung hervorrufen und auch verhängnisvollen Einfluß auf die öffentliche Meinung im Ausland haben würde. Mit Ablauf des Gesetzes zum Schutze der Republik im nächsten Juli werde die Regierung weitere Schritte tun, um die Stellung des ehemaligen Kaisers endgültig festzulegen.

Die Unterredung Briands mit Hoersch.

Paris, 22. Okt. Nach der Agence Havas wurde bei der heutigen Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter von Hoersch und Briand das gesamte Problem der deutsch-französischen Annäherung behandelt. Für den Augenblick seien für die Annahme der von gewissen Kreisen betreffend das Saargebiet und Mobilisierung eines Teiles der deutschen Eisenbahnobligationen vorgeschlagenen Lösungen Schwierigkeiten praktischer Art vorhanden, indessen könne ein gemeinsamer guter Wille der Sache des Friedens dienen, indem er den Status quo in Europa konsolidiere und die Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme beider Länder beschleunige.

Französische Blätterstimmen.

Paris, 22. Okt. Zur heutigen Unterredung des deutschen Botschafters von Hoersch mit Briand schreibt der „Temps“, augenblicklich befindet man sich am Beginn der ersten Phase, d. h. bei den politischen Besprechungen unbedingt allgemeinen Charakters. Wollte man die Behandlung überstürzen, dann würde man sich der Gefahr aussetzen, alles aufs Spiel zu setzen, um so mehr, als keineswegs feststehe, daß die Geister jenseits des Rheins schon genügend vorbereitet seien, die Dinge unter ihrem wahren Gesichtspunkt zu betrachten. Gewisse Beweismittel, wie das der Unvereinbarkeit der Aufrechterhaltung der Rheinlandsbesatzung mit dem Vertrag von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müßten die Deutschen aus der Erörterung ausschalten. Wenn sie die Vorprüfung der Probleme durch Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die Verständigung erleichtern wollten, müßten sie sich entschließen, jede gegen die gerechten Forderungen der Botschafterkonferenz hinsichtlich der Entwaffnung von Deutschland gerichtete Politik aufzugeben. Es sei keine Annäherung möglich ohne vorherige moralische Entwaffnung und keine moralische Entwaffnung, wenn Deutschland nicht beginne, in voller Aufrichtigkeit seine Verpflichtungen hinsichtlich seiner materiellen Abrüstung zu erfüllen. — Das „Journal des Debats“ schreibt, der Minister, der Führer sein wolle, müsse wissen, wofür er gehe und auf welchem Wege er zu gehen gedenke, er dürfe nicht bei allen Passanten nach dem Wege fragen. Wollte die französische Regierung eine Wiederverständigung oder Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Deutschland? Ansehend wisse die französische Regierung das selbst nicht und beschwäre die Dinge miteinander. In Genf, in Thoiry und in Paris sei man gerade in bezuggegangen, als ob man selbst die